

Erneuter Weckruf

Am extremen Hitzewochenende Ende Juni mit Temperaturen über 40 Grad sind viele Kliniken, Pflegeeinrichtungen und auch Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen an ihre Grenzen gestoßen. Patientinnen und Patienten mussten in überhitzten Krankenzimmern betreut werden. Notaufnahmen und Intensivstationen waren teilweise überlastet. Manche Pflegeeinrichtungen mussten Bewohner aus ihren Zimmern evakuieren.



*Dr. Sven Dreyer,
Präsident der
Ärztekammer
Nordrhein*

Foto: Jochen Rolfes

Die Klimaprognosen zeigen, dass wir uns heute und auch in den kommenden Jahren auf häufigere sowie längere Hitzeperioden dieser Art einstellen müssen. Dies wird einen erheblichen und unmittelbaren Einfluss auf die Gesundheit der gesamten Bevölkerung haben, vor allem auf ältere und chronisch kranke Menschen, aber auch auf Säuglinge und Kinder. Wir können den Klimawandel medizinisch nicht behandeln. Wir müssen aber seine Auswirkung auf die Gesundheitsversorgung beherrschbar machen.

Das war auch Konsens eines Treffens mit NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, der nach der Juni-Hitzewelle die beiden Landesärztekammern, die Pflegekammer, den Rettungsdienst und die Krankenhausgesellschaft zum Gespräch über die Herausforderungen des Hitzeschutzes geladen hatte. Einig waren sich die Beteiligten des Hitzedialogs darin, dass wir eine bessere Sensibilisierung der Bevölkerung erreichen müssen. Wir benötigen eine durchgreifende Information der Bürgerinnen und Bürger über die schon bestehenden lokalen Hitzeaktionspläne. Insbesondere Angebote von kühlen Räumen wie Kirchen, Bibliotheken oder anderen öffentlichen Gebäuden müssen ausgebaut und bekannt sein. Wir sollten außerdem gemeinsam an einem stärkeren Bewusstsein in der Bevölkerung arbeiten, welche massiven und ganz konkreten Gesundheitsgefahren von Hitze ausgehen – und dass beispielsweise der Anruf bei den eigenen Großeltern, Eltern oder Verwandten sowie das Klingeln an der Tür der älteren Nachbarin schon maßgeblich dazu beitragen können, Leben zu schützen und zu retten.

Aber Hitzeschutz darf nicht beim Individuum enden. Hitzeschutz ist mehr. Wenn wir nicht wollen, dass Belegschaften in Kliniken, Praxen, Rettungsdienst und Bereitschaftsdienst in heißen Sommern regelhaft überlastet werden, dann müssen wir auch strukturell etwas ändern und wir müssen jetzt damit beginnen. Laut Umfrage der Deutschen Gesellschaft für Notfallmedizin sind Hitzebelastungen in rund zwei Drittel der Kliniken nicht in Krankenhauseinsatzplänen berücksichtigt. Es fehlen unter anderem kühle Räume und personelle Reserven – eine Situation, die sich durch das vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat beschlossene GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz eher noch verschärfen wird. Das darf nicht sein, wenn wir Bevölkerungsschutz ernst nehmen. Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen müssen finanziell und organisatorisch dazu befähigt werden, sich auf intensive Hitzephasen einzustellen.

Darüber hinaus brauchen wir ein verbindliches Hitzewarnsystem für Kliniken, Rettungsdienste, die ambulanten Bereitschaftsdienste und weitere Gesundheitseinrichtungen, damit Dienstpläne angepasst und benötigte Kapazitäten rechtzeitig freigehalten werden können.

Mein Eindruck ist, dass wir die Folgen extremer Hitze immer noch unterschätzen. Laut RKI hat die Hitzewelle bis Ende Juni dieses Jahres 5.100 Menschen das Leben gekostet, davon allein 1.230 in Nordrhein-Westfalen – im gesamten vergangenen Jahr waren es 2.600 Menschen. Bereits in den Sommern 2018 und 2019 starben hitzebedingt tausende Menschen, Lehren haben wir bisher anscheinend kaum daraus gezogen. Das müssen wir ändern und zwar jetzt.